

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses
am 22.03.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitzender)

CDU

Herr Bürgermeister Helling

Herr Prof. von der Heyden (für Herrn Weber)

Herr Nettelstroth (Stellv. Vorsitzender)

Frau Osthus (für Herrn Rüter)

SPD

Herr Fortmeier

Herr Hamann

Frau Schrader

Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage

Herr Rees

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Frau Schmidt

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Entschuldigt fehlen:

Herr Rüter, CDU-Fraktion

Herr Weber, CDU-Fraktion

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Dr. Witthaus

Frau Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Moss

Herr Berens, Amt für Finanzen

Frau Ley, Büro des Oberbürgermeisters

Frau Stude, Büro des Rates

Herr Kleibrink, Feuerwehramt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses, der mit Schreiben vom 13.03.2012 fristgerecht eingeladen worden sei, fest. Zur Tagesordnung weist er darauf hin, dass die Fraktion Die Linke zu TOP 6 „Finanzierung der Projekte zum 800-jährigen Stadtjubiläum“ noch ein Antrag der Fraktion Die Linke gestellt worden sei.

Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 01.03.2012****B e s c h l u s s:**

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 28. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 01.03.2012 wird nach Form und Inhalt beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Mitteilungen****Geschäftsführung Interkomm GmbH**

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass der Geschäftsführer der WEGE mbH, Herr Wolfgang Smode, mit genehmigter Nebentätigkeit einer der Geschäftsführer der Interkomm GmbH sei, die im November 2001 gegründet worden sei und an der die Städte Bielefeld (mit 45 % des Stammkapitals), Herford (mit 45 % des Stammkapitals) und Bad Salzuflen (mit 10 % des Stammkapitals) beteiligt seien.

Weiterer Geschäftsführer sei der Baudezernent der Stadt Herford, Herr Dr. Peter Maria Böhm.

Herr Smode scheidet zum 30.04.2012 als Geschäftsführer der WEGE mbH aus. Zu diesem Zeitpunkt endet auch seine Geschäftsführertätigkeit bei der Interkomm GmbH. Die Geschäftsführung der Interkomm GmbH liegt dann allein in Händen des verbleibenden Geschäftsführers Herrn Dr. Böhm.

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Haupt- und Beteiligungsausschusses vom 01.03.2012, „die Wiederbesetzung der Stelle des Geschäftsführers der WEGE mbH bis zur Entscheidung über

das neue Strukturmodell auszusetzen“, solle bis auf Weiteres (zunächst bis zum Ende 2012) durch die Stadt Bielefeld eine Nachbenennung eines Geschäftsführers bei der Interkomm GmbH nicht vorgenommen werden, weil diese Funktion einem noch zu benennenden Nachfolger von Herrn Smode als Geschäftsführer bei der WEGE mbH übertragen werden solle.

Die Einflussnahme der Stadt Bielefeld als Gesellschafter der Interkomm GmbH auf das Handeln der Geschäftsführung der Interkomm GmbH sei dadurch sichergestellt, dass Herr Beigeordneter Moss Vertreter des Gesellschafters Stadt Bielefeld in der Gesellschafterversammlung der Interkomm GmbH sei.

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

Festlegung der Struktur für den Fall des Rückkaufs der Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3899/2009-2014

Unter Verweis auf die Diskussion im Unterausschuss bittet Herr Nettelstroth darum, die Vorlage im Rahmen einer 1. Lesung zu behandeln und den Punkt auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 29.03.2012 zu setzen.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage der Verwaltung zur Festlegung der Struktur für den Fall des Rückkaufs der Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH in 1. Lesung zur Kenntnis. Der Punkt ist auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 29.03.2012 zu setzen.

-.-.-

Zu Punkt 5

Beteiligung der Stadtwerke Gütersloh und Ahlen am Windpark Schwaförden II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3818/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss folgenden

B e s c h l u s s :

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. **Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem Verkauf von 1/3 der Kommanditanteile an der 19. WestWind Windpark GmbH & Co. KG (künftig 1. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG) zu einem Preis von 1.607.078,23 € (bestehend aus Kaufpreis und Ausgleichszahlung) durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH an die Stadtwerke Gütersloh GmbH rückwirkend zum 01.01.2012 zu.**
2. **Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem Verkauf von 1/6 der Kommanditanteile an der 19. WestWind Windpark GmbH & Co. KG (künftig 1. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG) zu einem Preis von 803.539,12 € (bestehend aus Kaufpreis und Ausgleichszahlung) durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH an die Stadtwerke Ahlen GmbH rückwirkend zum 01.01.2012 zu.**

Die Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierungen Detmold und Münster.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Finanzierung der Projekte zum 800-jährigen Stadtjubiläum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3859/2009-2014

3931/2009-2014 (Antrag der Fraktion Die Linke)

Text des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke:

1. *Der Planungsprozess zum Stadtjubiläum wird angehalten und einer Revision unterzogen mit dem Ziel, historische Kompetenz sowie die Bielefelder Gewerkschaften angemessen in den Prozess und die Konzeption einzubeziehen.*
2. *Das Ergebnis der Revision und Einbeziehung bisher nicht angemessen berücksichtigter Gruppen und Kompetenzen wird noch vor der Sommerpause dem Haupt- und Beteiligungsausschuss vorgelegt.*
3. *Vor einem weiteren Bericht zum Verlauf werden keine Gelder für Projekte zugesagt oder verteilt.*

Frau Schmidt erklärt, dass ihre Fraktion grundsätzlich der in der Vorlage dargestellten Mittelbereitstellung zustimme, allerdings kritisiere sie das bisherige Verfahren zur Vorbereitung des Stadtjubiläums ausdrücklich. So habe Herr Prof. Vogelsang als stellvertretender Vorsitzender des Historischen Vereins im Dezember letzten Jahres seine Mitarbeit in der

Lenkungsgruppe aus Unzufriedenheit mit den bis dato erzielten Ergebnissen aufgekündigt. Im Übrigen erachte sie die Beteiligung eines einzigen Historikers anlässlich eines 800-jährigen Stadtjubiläums für wenig angemessen. Es gebe in Bielefeld eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Einrichtungen und Institutionen, wie z. B. das Historische Museum, das Stadtarchiv, das Bauernhausmuseum oder das Museum Wäschefabrik, deren lebendige Geschichtskompetenz nicht berücksichtigt worden sei. Die sich hieraus ergebenden Folgen zeigten sich u. a. auch in einem Interview mit Herrn Holtkamp als Geschäftsführer der Bielefeld Marketing, in dem dieser davon gesprochen habe, dass „rote Wolle Bielefeld zum Leben erweckt habe“. Wolle habe mit Bielefelder Stadtgeschichte nichts zu tun und hätte zu komplett andere sozialökonomische Strukturen mit entsprechenden industriellen Konsequenzen geführt. Darüber hinaus könne sie nicht nachvollziehen, dass weder der Deutsche Gewerkschaftsbund noch die Einzelgewerkschaften beteiligt worden seien, da die Geschichte Bielefelds untrennbar mit einer starken Arbeiterbewegung verbunden sei. Von daher lehne ihre Fraktion das Verfahren ab, mit dem das Ziel einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit Bielefeld sicher nicht erreicht werde.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass das Verfahren zur Steuerung des Stadtjubiläums, das im Übrigen maßgeblich auf konsensualen Entscheidungen des Haupt- und Beteiligungsausschusses beruhe, aus seiner Sicht in hohem Maße transparent gelaufen sei. Das mit dem Stadtjubiläum angestrebte Ziel einer Förderung der Identifikation der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt stehe einer einseitig historisierenden Betrachtung und Entwicklung dieses Projektes entgegen. Es sei unstrittig, dass der historische Aspekt bei einem Stadtjubiläum zu berücksichtigen sei. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass aktuell 115 Projektanträge vorlägen, von denen mehr als 20 auch historische Aspekte beinhalten würden. Die bereits zu Beginn des Prozesses an den historischen Verein gerichtete Einladung zur Mitarbeit im Lenkungskreis gelte weiterhin. Allerdings müsse akzeptiert werden, wenn eine Einladung ausgeschlagen werde. Des Weiteren seien auch Projektideen von Gewerkschaften nach wie vor hochwillkommen, bisher lägen allerdings keine entsprechenden Initiativen vor. Da es aus Gründen der Planungssicherheit für die Projektträger erforderlich werde, zeitnah Entscheidungen über einzelne Projektanträge zu fällen, sei es in der Sache wenig förderlich, das laufende Verfahren zu stoppen.

Herr Bürgermeister Helling betont, dass es selten einen so breiten und offenen Prozess wie bei der Vorbereitung des Stadtjubiläums gegeben habe, was sich auch daran zeige, dass über 100 Projektanträge gestellt worden seien. Bei den Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum könne entweder eine rückwärts gewandte Betrachtung der vergangenen 800 Jahre stattfinden oder eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung vorgenommen werden, bei der die Historie zwar nicht vergessen werde, aber auch nicht dominiere. Seine Fraktion spreche sich für die letztgenannte Alternative aus und lehne von daher den Änderungsantrag ab.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird nachfolgend mit großer Mehrheit abgelehnt.

B e s c h l u s s :

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zur Finanzierung der Projekte zum 800-jährigen Stadtjubiläum im Haushaltplan 2012 370.000 Euro bereitzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Sachstandsbericht zur Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3820/2009-2014

Herr Rees weist darauf hin, dass der Arbeitskreis Asyl sowie der evangelische Sozialpfarrer erst vor Kurzem erneut auf bestehende Missstände aufmerksam gemacht und menschenwürdige Qualitätsstandards gefordert hätten, die in anderen Städten, wie z. B. Dortmund, durchaus üblich seien. Nach wie vor hätten die Flüchtlinge keine Möglichkeit, in der Unterkunft tagsüber an Getränke zu gelangen oder ihre Zimmer abzuschließen. Darüber hinaus gebe es dort immer noch kein Krankenzimmer. Diesen hinlänglich bekannten Mängeln sollte möglichst kurzfristig Abhilfe geschaffen werden. Darüber hinaus fragt er nach dem aktuellen Stand des Vergabeverfahrens und bittet darum, über das laufende Verfahren weiterhin informiert zu werden.

Herr Dr. Witthaus erklärt, dass vorgetragene Mängel von der Verwaltung regelmäßig überprüft und - sollten diese gerechtfertigt sein - auch beseitigt würden. So sei geplant, alleinreisenden Frauen und Frauen mit Kindern zukünftig Schlüssel auszuhändigen. Hinsichtlich der Forderung nach einem Krankenzimmer sei darauf zu verweisen, dass die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) im Krankheitsfall eine unmittelbare Zuordnung zu behandelnden Ärzten oder in Krankenhäuser vornehme, so dass eine professionelle Versorgung gewährleistet sei. Zum Vergabeverfahren sei grundsätzlich anzumerken, dass der Betrieb von Asylbewerber-Unterkünften ein hart umkämpfter Markt sei, auf dem es nicht unüblich sei, dass interessierte Bewerber Vergaberügen erheben bzw. bei entsprechender Zurückweisung Nachprüfungsverfahren anstrengen würden.

Auf Nachfrage von Frau Rathsmann-Kronshage erläutert Herr Dr. Witthaus, dass bisher mit der Forderung nach einem Krankenzimmer auch die Notwendigkeit einer entsprechenden Betreuung und Pflege einhergegangen sei. Eine Vergleichbarkeit zu Dortmund könne nicht gezogen werden, da dort die ZAB, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Erstaufnahmeeinrichtungen auf einem Gelände untergebracht seien und insofern eine andere grundsätzlich andere Situation gegeben sei.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen den Sachstandsbericht zur Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 6. März 2008 in der Fassung vom 5. Oktober 2010Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3477/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Ordnungsbehördlichen Verordnung bis zum 31.12.2012 befristet sei. Im Zusammenhang mit der generellen Überarbeitung werde auch die Regelung zum „1. Mai“, die im letzten Jahr für erhebliche Diskussion gesorgt habe, angepasst.

Herr Bürgermeister Helling betont, dass mit der geplanten Verlegung des verkaufsoffenen Sonntags vom 3. Sonntag im Juni auf den letzten Sonntag im August die Hoffnung auf eine Attraktivitätssteigerung des Schweinemarkts verbunden werde.

Frau Schmidt erklärt, dass ihre Fraktion verkaufsoffene Sonntage als überflüssig erachte und sie von daher die Vorlage ablehne.

B e s c h l u s s :

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 6. März 2008 in der Fassung vom 5. Oktober 2010.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Feuerwehr Bielefeld - Jahresbericht 2011Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3700/2009-2014

Unter Verweis auf den verteilten Jahresbericht der Feuerwehr 2011 berichtet Herr Kleibrink anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Einsatzverteilung bei Bränden, Hilfeleistungen und im Rettungsdienst. Während sich die Zahl der Brandeinsätze im Vergleich zu 2010 um 92 (7 %) erhöht habe, sei die Zahl der technischen Hilfeleistungen, die häufig in Zusammenhang mit besonderen Wetterereignissen stünden, leicht zurückgegangen. Die Zahl der Rettungsdiensteinsätze sei erneut gestiegen und hätte in 2011 bei fast 40.000 Einsätzen gelegen. Im Rahmen der Brandeinsätze seien 31 Menschen gerettet worden; neben 48 verletzten Personen sei glücklicherweise kein Brandtoter zu beklagen gewesen, was auf den kontinuierlich steigenden Einsatz von Heimrauchmeldern zurückgeführt werden könne. In diesem Zusammenhang begrüße er die Initiative der Landesregierung, nun auch

in Nordrhein-Westfalen eine Rauchwarnmelderpflicht in die Landesbauordnung aufzunehmen, ausdrücklich. Nachfolgend berichtet er über einige besondere Ereignisse in 2011, wie z. B. den sneelastbedingten Einsturz des Daches bei der Spedition Dachser im Januar 2011, zwei Gefahrguteinsätze auf der A 2 und bei der Fa. Böllhoff, den Großbrand des Gebäudes Obernstraße 55, einen Flachdachbrand am Schlehenweg sowie die Explosion eines Einfamilienhauses in Quelle. Der landesweite Trend einer Zunahme von Kohlenmonoxidvergiftungen sei auch in Bielefeld festzustellen; in diesem Kontext sei es bedauerlich, dass in ganz Nordrhein-Westfalen nur noch eine Überdruckkammer in Düsseldorf zur Verfügung stehe. Zwar habe sich der kontinuierliche Anstieg der Notfallrettungen auch in 2011 fortgesetzt, jedoch liege die Steigerungsrate mit 2,5 % deutlich unter den Steigerungsraten der Vorjahre (4 – 6 %). Die Einsatzzahl des Rettungshubschraubers Christoph 13 sei gegenüber 2010 um weitere 50 Einsätze gestiegen und liege nun auf einem neuen Höchststand von 1.831 Einsätzen, wodurch Christoph 13 zu dem bundesweit am häufigsten genutzten Rettungshubschrauber geworden sei. Abschließend betont Herr Kleibrink, dass besonders erfreulich die Indienststellung von sieben neuen Rettungswagen Ende 2011, die Erneuerung der Leitstellenkommunikationstechnik sowie die Einweihung eines neuen Gerätehauses für die Löscharbeit der Freiwilligen Feuerwehr gewesen sei.

Herr Schmelz weist darauf hin, dass im April voraussichtlich Mox-Brennelemente über die BAB 2 nach Grohnde transportiert würden und bittet um Auskunft, ob die Bielefelder Feuerwehr darüber informiert werde und ob sie auf einen möglichen Verkehrsunfall vorbereitet wäre. Herr Kleibrink erklärt, dass die Feuerwehr über derartige Transporte nicht informiert werde. Allerdings verfüge sie über entsprechende Messtechnik, um bei einem eventuellen Verkehrsunfall ionisierende Strahlung nachzuweisen und erforderliche Absperrmaßnahmen einzuleiten. Zur Frage einer möglichen Gefährdung, die durch Photovoltaik-Anlagen auf Dächern im Brandfall ausgehen könnten, führt er aus, dass in Bielefeld noch keine entsprechenden Einsätze gefahren worden seien. Es sei jedoch bekannt, dass von diesen Anlagen bei einem ausgedehnten Dachstuhlbrand Gefahren durch Stromschlag und herabfallende Elemente ausgingen.

Auf die Frage von Frau Schmidt zur Ursache für den – auch landesweit festzustellenden - Anstieg bei den Rettungseinsätzen erläutert Herr Kleibrink unter Verweis auf die Diskussion anlässlich der letzten Jahresberichte, dass dies durchaus im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und der kontinuierlich steigenden Zahl älterer und vereinsamer Menschen gesehen werden könne. Frau Beigeordnete Ritschel ergänzt, dass dieses Thema in der kommunalen Gesundheitskonferenz erörtert worden sei, da auch die Notfallambulanzen von dieser Entwicklung betroffen seien. Im letzten Jahr sei die Bevölkerung intensiv mit einem Notfall-Flyer informiert worden, was möglicherweise auch zu einer – im Vergleich zu den Vorjahren – geringeren Steigerung geführt haben könnte.

Unter Verweis auf die Erörterungen zum Brandschutzbedarfsplan unterstreicht Herr Rees die Bedeutung der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr für Bielefeld. Die geleistete Arbeit könne nicht

hoch genug geschätzt werden, zumal in den nächsten Jahren noch weitere Aufgaben und damit auch Herausforderungen auf die Feuerwehr zukommen würden. Auf seine Frage zur Entwicklung der Fallzahlen im Rahmen der technischen Hilfeleistungen, die im Zusammenhang mit schweren Unwetterlagen stünden, merkt Herr Kleibrink an, dass die Zahl der schweren Unwettereinsätze in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen sei und er davon ausgehe, dass sich diese Entwicklung auch so fortsetzen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Helling zur Alarmierung von Gehörlosen führt Herr Kleibrink aus, dass dieses nach wie vor über ein Faxgerät erfolge.

Unter Verweis auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, demzufolge Bereitschaftsdienste auch als Arbeitszeit zu werten seien, informiert Herr Oberbürgermeister Clausen darüber, dass er den Feuerwehrleuten am gestrigen Tage einen Vergleichsvorschlag unterbreitet habe, in dessen Rahmen er die Abrechnung von 19 Stunden pro Monat auf Basis der heutigen Arbeitsvergütungen angeboten habe. Darüber hinaus habe er zugesagt, im Stellenplan 2012 über die ohnehin schon eingeplanten vier Mehrstellen weitere sechs Mehrstellen über die Veränderungsliste nachzumelden, um die Inanspruchnahme von Freizeitausgleich ermöglichen zu können. Nach interner Beratung hätten die Feuerwehrleute am heutigen Tage mitgeteilt, dass sie den Vergleichsvorschlag annähmen, wenn sich dieser auch auf die 30 Nichtantragsteller erstrecken würde. Dieses Angebot werde er nunmehr in Abstimmung mit der Bezirksregierung prüfen.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass für die anspruchsberechtigten Feuerwehrleute, die zwischenzeitlich in Pension gegangen seien, ein gesondertes Verwaltungsgerichtsverfahren laufe, das kurz vor der letztinstanzlichen Entscheidung stehe.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen den Jahresbericht 2011 der Bielefelder Feuerwehr zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Büro Oberbürgermeister

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3848/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen weist einleitend darauf hin, dass sich die NKF-Arbeitsgruppe grundsätzlich darauf verständigt habe, den Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung von Zielen und Kennzahlen anhand einzelner Produktgruppen in der Arbeitsgruppe einzuleiten und das weitere Vorgehen projekthaft zu betrachten.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Büro des Oberbürgermeisters in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Büro des Rates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3878/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Büro des Rates in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12 Haushalts- und Stellenplan 2012 für die Gleichstellungsstelle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3904/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für die Gleichstellungsstelle in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 Haushalts- und Stellenplan 2012 für den Datenschutzbeauftragten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3843/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für den Datenschutzbeauftragten in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Amt für Demographie und Statistik

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3880/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Amt für Demographie und Statistik in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Presseamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3858/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Presseamt in 1. Lesung zur Kenntnis.

--

Zu Punkt 16 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Rechnungsprüfungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3852/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Rechnungsprüfungsamt in 1. Lesung zur Kenntnis.

--

Zu Punkt 17 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3902/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten in 1. Lesung zur Kenntnis.

--

Zu Punkt 18 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Rechtsamt und den Bürgerausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3867/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Rechtsamt und den Bürgerausschuss in 1. Lesung zur Kenntnis.

--

Zu Punkt 19 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das BürgeramtBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3855/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Rees erklärt Herr Stadtkämmerer Löseke, dass die Durchführung der vorgezogenen Landtagswahl am 13.05.2012 sichergestellt sei.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Bürgeramt in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 20 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das OrdnungsamtBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3892/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Ordnungsamt in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 21 Haushalts- und Stellenplan 2012 für das FeuerwehramtBeratungsgrundlage:Drucksachennummer: 3856/2009-2014
3701/2009-2014

Unter Verweis auf die Ausführungen zum Jahresbericht 2011 (TOP 9) merkt Herr Oberbürgermeister Clausen an, dass weitere sechs Mehrstellen über eine Veränderungsliste nachgemeldet werden sollen, um die Inanspruchnahme von Freizeitausgleich ermöglichen zu können.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlagen über den Haushalts- und Stellenplan 2012 für das Feuerwehramt in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 22 Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen

<u>11.04.12</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>an</u>	<u>Kunsthalle</u>	<u>gem.</u>	<u>GmbH</u>
<u>11.15.01</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>an</u>	<u>der</u>	<u>WEGE</u>	<u>mbH</u>
<u>11.15.04</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>an</u>	<u>der</u>	<u>BBVG</u>	<u>mbH</u>
<u>11.15.05</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>an</u>	<u>Stadtwerke</u>	<u>Bielefeld</u>	<u>GmbH</u>
<u>11.15.06</u>	<u>Sparkasse Bielefeld</u>				
<u>11.15.10</u>	<u>Sonstige Beteiligungen der Stadt</u>				

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3803/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Rees bestätigt Herr Stadtkämmerer Löseke, dass er über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Rahmen des Berichtswesens regelmäßig berichten werde.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorlage über den Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen

- **11.04.12 Beteiligung an Kunsthalle gem. GmbH**
- **11.15.01 Beteiligung an der WEGE mbH**
- **11.15.04 Beteiligung an der BBVG mbH**
- **11.15.05 Beteiligung an Stadtwerke Bielefeld GmbH**
- **11.15.06 Sparkasse Bielefeld**
- **11.15.10 Sonstige Beteiligungen der Stadt**

in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-